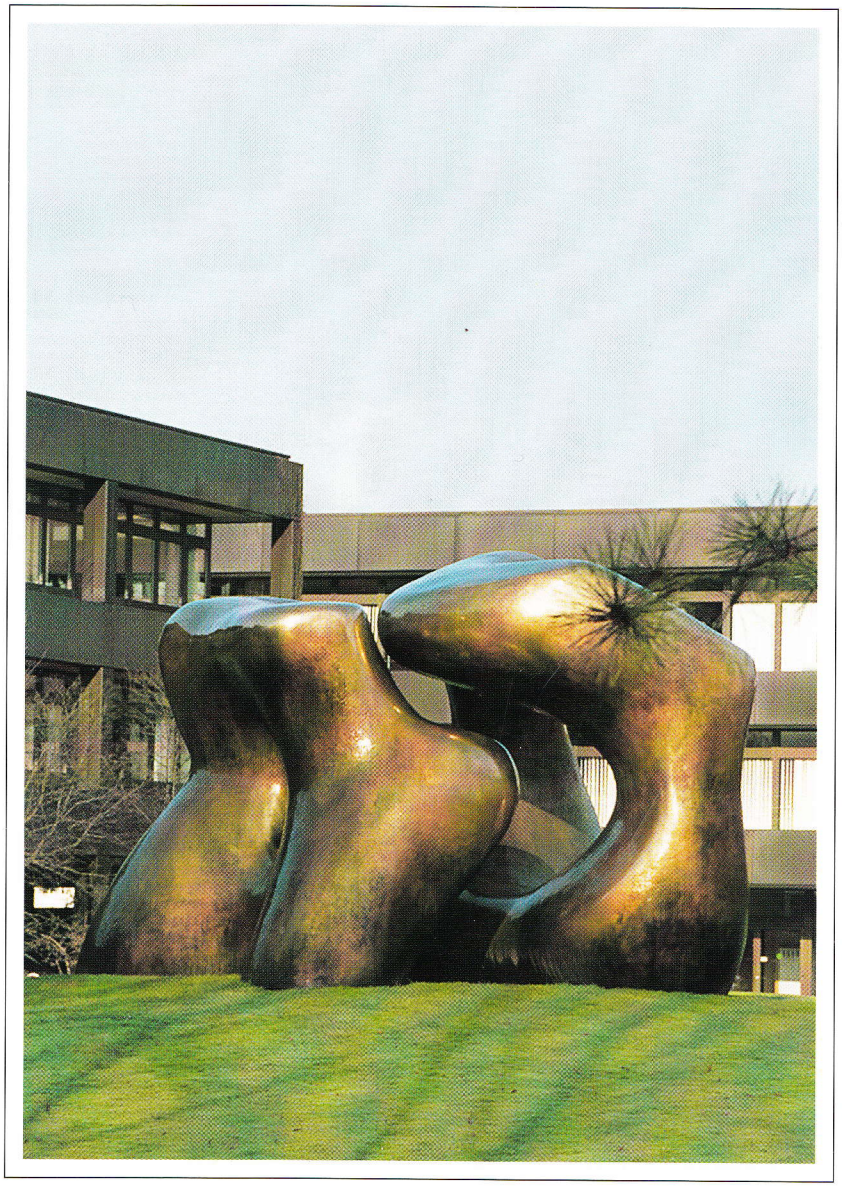
16. Jahrgang Nr. 2 2. Vierteljahr 1999 G 1553 F

Denkmalpflege im Rheinland



LANDSCHAFTSVERBAND RHEINLAND
Rheinisches Amt für Denkmalpflege

Inhalt

Aufsätze

Angelika Schyma
Bonn – »Eine kleine Stadt in Deutschland« – das Regierungsviertel der ehemaligen Bundeshauptstadt 49

Gisbert Knopp
Bonn – Was geschieht mit der Urfassung der »Fetten Henne«? Der Bundesadler im ehemaligen Plenarsaal des Deutschen Bundestages 63

Holger Rescher
Titz-Rödingen, St. Cornelius – Zur Restaurierungsgeschichte des Antwerpener Schnitzaltars 66

Aus dem Rheinischen Amt für Denkmalpflege

Aachen – Die Außenfassung der Pfalzkapelle: Historische Quellen und neue Befunde 74

Willich-Neersen – Der auferstandene Christus in Klein-Jerusalem 81

Aus dem Bildarchiv – Der Garten von Schloß Augustusburg in Brühl 1921 83

Forum

Düsseldorf-Benrath – Entwicklung und Pflege der Fächeralleen im Benrather Schloßpark – Ein Werkstattbericht 85

Nachrichten und Notizen

Rheinischer Denkmalpreis 1998 – Vom Spektakulären des Unspektakulären 92
Netzwerk Industriekultur Bergisches Land e. V. 94
Fachtagung – Militärbauten und Denkmalpflege 95
Neue Bücher 95
Termine 96

Titelbild:
Bonn, Bundeskanzleramt mit Bronzeplastik »Large Two Forms« von Henry Moore, aufgestellt 1979 (Foto: Angelika Schyma)

BONN

»Eine kleine Stadt in Deutschland« – das Regierungsviertel der ehemaligen Bundeshauptstadt

von Angelika Schyma

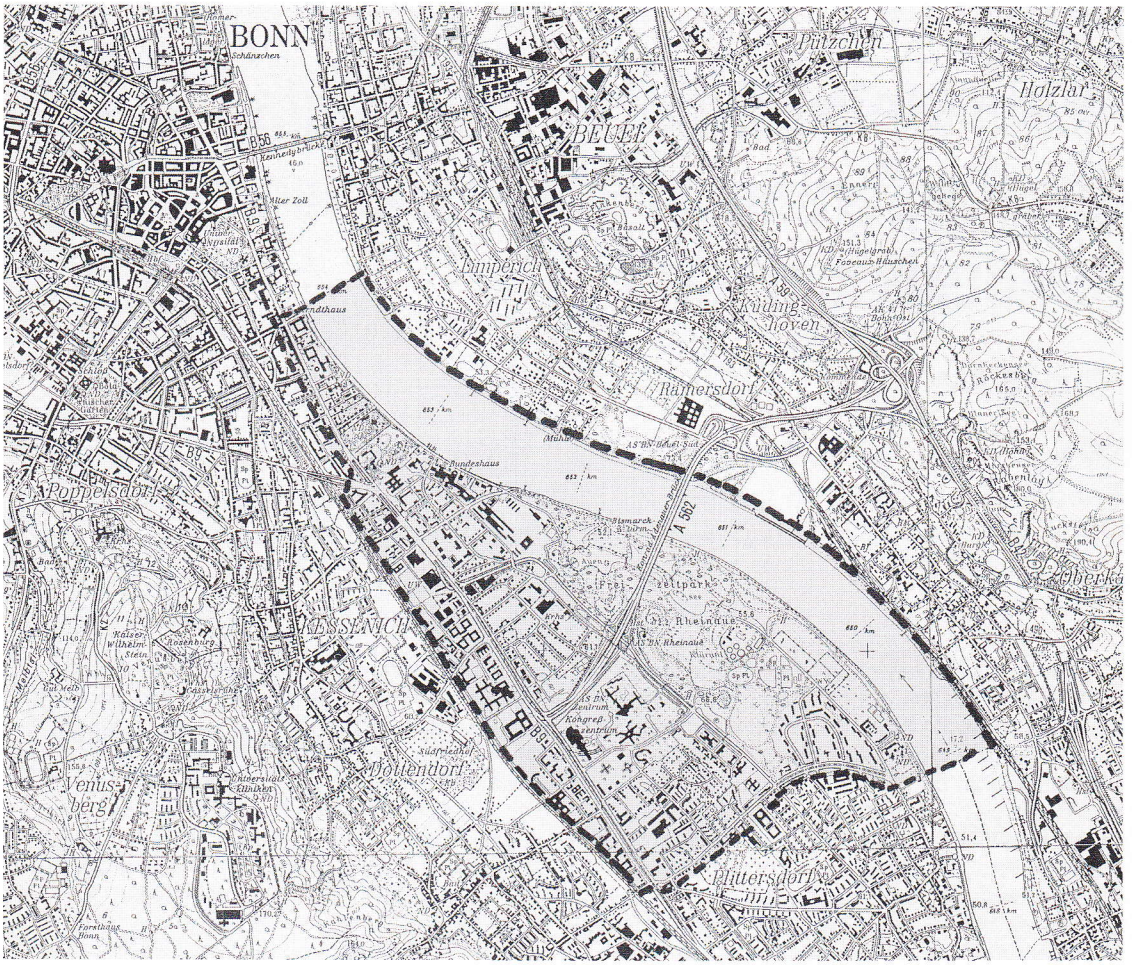
Nach 50 Jahren geht mit dem Regierungsumzug nach Berlin die Ära Bonns als Bundeshauptstadt auch faktisch zu Ende. Was bleibt von der »Bonner Republik«? Wie sind ihre Relikte denkmalrechtlich zu bewerten und anschaulich zu bewahren?

»Allein die Wahl Bonns als Wartesaal für Berlin war immer schon eine Ungereimtheit, jetzt ist sie ein Mißbrauch. Wohl kein anderes Volk als die Deutschen hätte es fertig gebracht, einen Kanzler zu wählen und ihm dann die Hauptstadt vor die Füße zu bringen. Um Unterkünfte für die zuziehenden Diplomaten, Politiker und Regierungsbeamten (die diese unerwartete Ehrung mit sich brachte) zu schaffen und auch um sich in einer gewissen Entfernung zu halten, haben die Bonner eine ganze Vorstadt außerhalb der Stadtmauern gebaut.« So charakterisierte John le Carré die Bundeshauptstadt Bonn in seinem Roman »Eine kleine Stadt in Deutschland«, erstmals 1960 erschienen, und brachte damit als »diplomatisches Handgepäck« die allgemein dominierende Einschätzung über Bonn weltweit zu literarischem Ausdruck.[1] Der »Wartesaal« wurde mit dem Hauptstadtbeschluß am 20. Juni 1991 geschlossen, die Architektur des Regierungsviertels aber blieb bestehen. Die Entscheidung für Berlin fiel zu einem Zeitpunkt, als Bonn längst seinen Provisoriumscharakter abgestreift hatte, sich gerade im Regierungs-Bauboom befand und sich renommierter Architekten in größerem Umfang zu bedienen wagte.

Mit dem Umzug der Regierung nach Berlin entsteht nun erstmals aus dem Verlustgefühl ein öffentliches Bewußtsein für das Regierungsviertel als städtebaulicher Komplex mit eigener Wertigkeit, welcher auch immer. Als Vakuum wird ihm plötzlich eine Aufmerksamkeit zuteil, die zuvor dem aktuellen politischen Tagesgeschäft untergeordnet war. Es ist ein Bewußtseinswandel eingetreten vom abstrakten politischen Terminus »Bonn« zum konkreten gebauten Gebilde des Regierungsviertels, in Form einer Hinterlassenschaft als Teil von Bonn als Stadt.

Vorweg muß eine terminologisch und topographisch klare Abgrenzung gesetzt werden. Im allgemeinen Sprachgebrauch werden Bonn, Regierungsviertel und auch Gronau synonym gebraucht. Bonn wird entsprechend auch als Oberbegriff stellvertretend für die Regierung, den Staat, die Bundesrepublik benutzt. Als Regierungsviertel wird topographisch der Bereich südlich des Bonner Zentrums ohne genauere Abgrenzung bezeichnet. Die »Gronau« geht auf eine alte Flurbezeichnung zurück und umfaßt das engere Regierungsviertel mit den Regierungs- und Verfassungsorganen. Das denkmalpflegerische Interesse hier bezieht sich auf das erweiterte Regierungsviertel zwischen Zweiter Fährgasse und Kennedy-Allee.

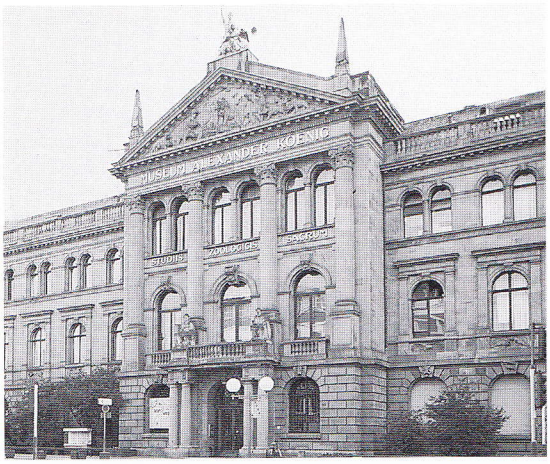
Städtebaulich stellt sich das Regierungsviertel als ein sehr heterogenes Konglomerat dar. Zunächst weitgehend ohne stringente Planung, den Status des auferlegten Provisoriums pflegend, in kleinen Schritten unauffällig erweitert, geprägt von Liberalismus bis hin zur Richtungslosigkeit, und an reiner Zweckmäßigkeit, Anspruchslosigkeit und Unauffälligkeit orientiert - so ist Bonn als künstlich gewachsene Hauptstadt in das Bewußtsein der Öffentlichkeit eingegangen. Das Regierungsviertel ist gekennzeichnet als ein Mischgebiet aus Verwaltungs- und Wohnbauten, von der Villa aus der Zeit des beginnenden 20.Jahrhunderts bis zum bescheidenen Einfamilienhaus der Adenauer-Ära. Grünzonen mit Freizeitangeboten, das Rheinufer mit einbeziehend,



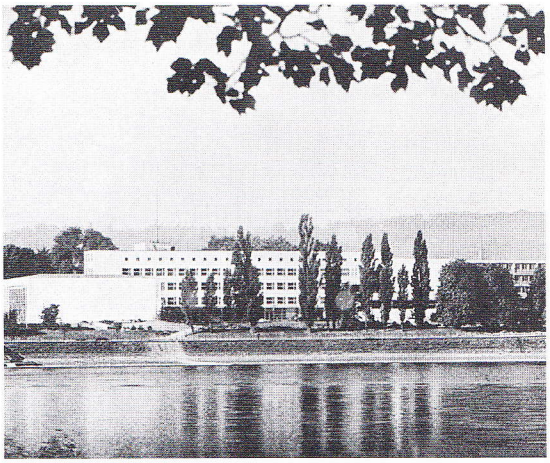
1 *Bonn, Denkmalbereich Regierungsviertel. Ausschnitt aus dem Meßtischblatt Bonn, Blatt 5308*

lockern das Gebiet auf. Kioske verweisen auf die touristische Attraktion. Ohne Mitte, ohne Maßstab ist das Regierungsviertel auf einer spärlich bebauten, städtebaulichen Brachlandschaft gewachsen.[2]

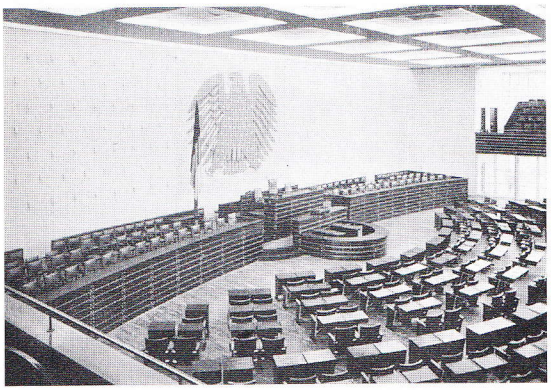
Als am 10. Mai 1949 der Parlamentarische Rat mit 33 zu 29 Stimmen Bonn den Zuschlag vor Frankfurt am Main als vorläufigem Sitz der leitenden Bundesorgane gibt, ist die Stadt auf die neue Situation nicht eingerichtet. Für die Mittelstadt Bonn, bisher charakterisiert als ehemalige Residenz- und Universitätsstadt, geprägt von Rheinromantik und Beschaulichkeit, bedeutete diese Herausforderung eine eindeutige Überforderung. Über die Beseitigung der Kriegszerstörungen, den Wiederaufbau und die Deckung eigenen Wohnungsbedarfs hinaus entsteht unversehens ein zusätzlicher Bedarf für die Unterbringung nicht nur der Bundesorgane und -behörden, sondern im Gefolge auch für etwa neunzig diplomatische Vertretungen und Residenzen (heute ca. 140), Ländervertretungen, politische Parteizentralen, Nachrichtenagenturen, In- und Auslandspresse, Funk- und Fernsehstationen, Verbände verschiedenster Art etc. und nicht zuletzt für zusätzlichen Wohnraum der dort Beschäftigten. Umfang und Zeitraum dieser Maßnahmen sind beispiellos und naturgemäß nicht ohne Auswirkung auf die Qualität des frühen Ausbaus geblieben, die zusätzlich noch durch den geforderten unbedingten Provisoriumsstatus der Hauptstadt zur Anspruchslosigkeit verurteilt war. So ist das Regierungsviertel als einzigartiger städtebaulicher Mißklang in die Geschichte eingegangen, als Negativbeispiel einer »verbeamteten«, bürokratisierten Stadtplanung, die ein weltweites Unikum darstellt. Zwar gibt es andere kleinere Hauptstädte wie Den Haag oder Bern, oder auch Neugründungen wie Brasilia oder Canberra, doch stellen sich diese anders dar, da sie unter anderen Voraussetzungen entstanden sind und



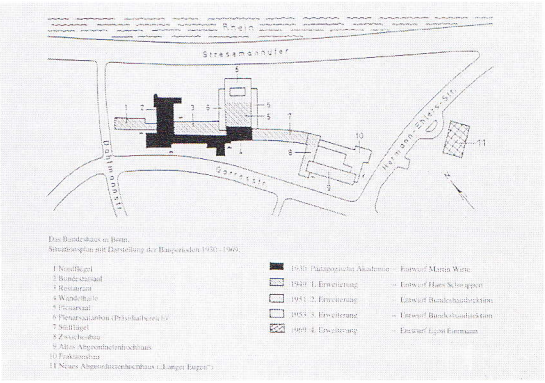
2 *Museum Alexander Koenig. Zustand 1998*



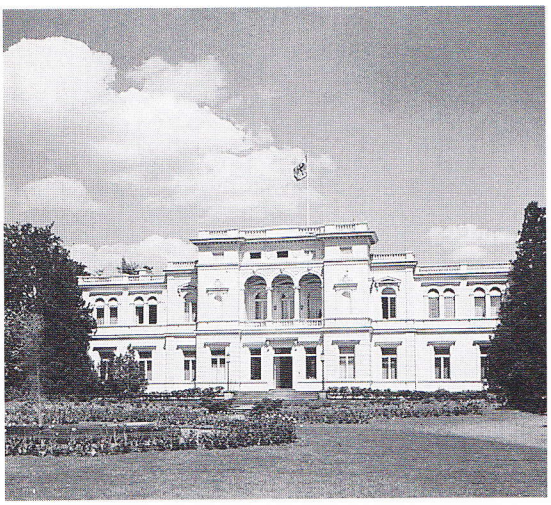
3 *Bundeshaus. Rheinansicht um 1950*



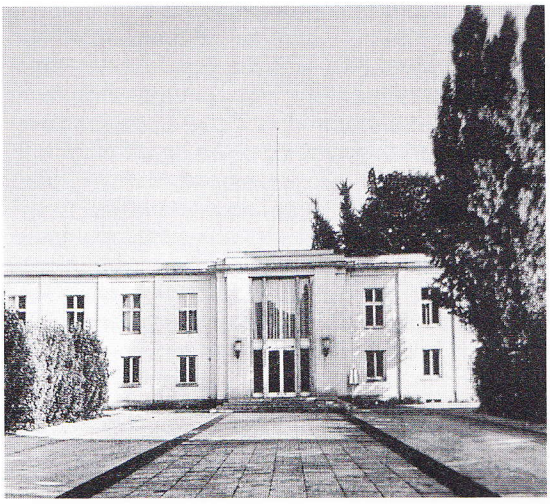
4 *Bundeshaus, Plenarsaal. Zustand 1954*



5 *Bundeshaus. Situationsplan mit den Bauperioden 1930-1969*



6 *Villa Hammerschmidt. Zustand um 1955*



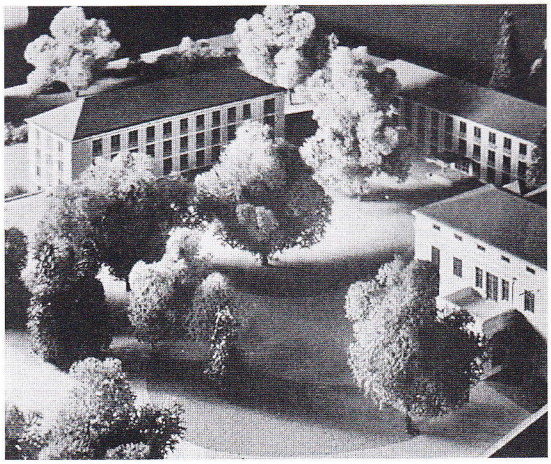
7 *Bundespräsidialamt. Zustand um 1955*

8 Bonn, Palais Schaumburg. Zustand 1999

geplant wurden. Bonn dagegen ist aus der Not geboren und in den Mantel des Provisoriums gesteckt worden.
Es ist gerade auch diese Einzigartigkeit, die das Regierungsviertel charakterisiert und zu einem Geschichtszeugnis einer abgeschlossenen Epoche der Bundesrepublik macht, mit all ihren äußerlichen »Unschönheiten«, die auch die »Pubertät der Republik« kennzeichnen. Aber wie geht man mit einem derart mit pejorativen Epitheta versehenen Komplex denkmalpflegerisch um? Wo liegen die positiven Aspekte? Was gilt es wie zu schützen? Für dieses historisch bedeutende, aber heterogene Gebilde »Regierungsviertel« bietet sich als Schutzinstrument die Ausweisung eines Denkmalbereichs an. Dabei gilt es, die demokratische Idee der »alten« Bundesrepublik anhand des Regierungsviertels anschaulich zu machen und zu erhalten.

Lage

Die Bundesbauten verteilen sich über das ganze Stadtgebiet. Dezentralisierung und Nutzung vorhandener Bausubstanz, zum Beispiel von Kasernen, war die Maxime im Interesse einer städtebaulich verträglichen Lösung und im Hinblick auf das Provisorium. Noch heute sind drei Standpunkte dominierend: Im Bonner Norden der Bereich des Innen- und Finanzministeriums in den Gebäuden der ehemaligen Husarenkaserne mit späteren Erweiterungsbauten; Duisdorf im Westen Bonns mit den



9 Altes Bundeskanzleramt. Modellaufnahme

Ministerien für Wirtschaft (Gallwitz-Kaserne), Arbeit und Landwirtschaft (Troilo-Kaserne), später ergänzt um die Hardthöhe mit dem Bundesverteidigungsministerium - auch Pentabonn genannt -, und das eigentliche Regierungsviertel mit den zentralen Bundesorganen am Rhein, zwischen Bonner Süden und Godesberg-Nord gelegen. Bad Godesberg, bis zur Eingemeindung im Jahre 1969 noch eigene Stadt, entwickelte sich aufgrund seines repräsentativen Villenviertels rasch zur sogenannten Diplomatenstadt, in der sich vornehmlich Botschaften und Residenzen niederließen. Die Untersuchung konzentriert sich hier zunächst auf das Regierungsviertel, das sich um die Gronau herum entwickelte. Der Bereich umfaßt das Gebiet zwischen Zweiter Fährgasse im Norden, der Bundesbahn im Westen, der Kennedyallee im Süden unter Einbeziehung der amerikanischen Siedlung Plittersdorf und dem Rhein als östlicher Grenze unter Einschluß des Rheinauenparks (Abb. 1).

Abriß der Planungsgeschichte von 1949 bis 1992

Anhand der wichtigsten Bauten sollen die Bedeutung und auch die Eigenarten des Regierungsviertels dargestellt werden. Dabei zieht sich die überwiegende Diskrepanz zwischen historischer Bedeutung und architektonischer Qualität wie ein roter Faden durch die Geschichte des Viertels.

Die städtebauliche Entwicklung läßt sich grob in vier Phasen strukturieren. Die erste Phase umfaßt die Zeit des Provisoriums von 1949 bis zum Mauerbau im Jahre 1961. Darauf folgt eine Unsicherheitsphase bis zum Hauptstadtbeschluß von 1975, an die sich eine zehnjährige Planungsphase bis 1985 anschließt. Die vierte Phase beinhaltet die Umsetzung der vorangegangenen Planungen und endet 1992 mit der Fertigstellung des neuen Plenarsaales.

In der Zeit von 1949 bis 1961 stellt sich Bonn politisch wie städtebaulich als absolutes Hauptstadtprovisorium dar.

Man greift zunächst auf vorhandene Bausubstanz zurück. Als Keimzelle für die spätere provisorische Hauptstadt ist das Museum Alexander Koenig zu werten, in welchem bereits am 1. September 1948 der feierliche Festakt der Eröffnungssitzung des Parlamentarischen Rates begangen wurde. Noch vor der endgültigen Entscheidung für Bonn existierten Planungen, das Gebäude für den Sitz des Bundeskanzleramtes umzugestalten. Tatsächlich residierte Konrad Adenauer nach seiner Wahl zum Bundeskanzler am 16. September 1949 nur einige Wochen in dem Museumsbau. Die rechtliche Lage ließ eine völlige Fremdnutzung des Museums nicht zu[3] (Abb. 2).

Gleichzeitig mit der feierlichen Eröffnung des Parlamentarischen Rates im Museum Koenig fand unmittelbar im Anschluß die konstituierende Sitzung in der Pädagogischen Akademie statt, so daß mit den beiden Tagungsorten bereits ein gewisser baulicher Bonus für die spätere Entscheidung für Bonn als Regierungssitz vorgegeben war (Abb. 3).

Bereits im November 1949 bezog Adenauer das Palais Schaumburg, während Teile des Kanzleramtes noch im Museum Koenig verblieben. Die Unterbringung der Büros war jedoch desolat, so daß im Park des Museums 1950 das sog. Montagehaus für das Kanzleramt errichtet wurde. Weniger bekannt ist, daß im Museum Koenig noch bis 1957 verschiedene Ministerien und andere Dienststellen des Bundes untergebracht waren, zuletzt der Personalgutachterausschuß der Bundeswehr.

Während dem Museum Koenig nur ephemerer politischer Zeugniswert zukommt, ist die ehemalige Pädagogische Akademie nicht nur von der Lage her zum Zentrum des engeren Regierungsviertels avanciert. Das von Martin Witte 1930/33 im Bauhausstil errichtete Akademiegebäude wurde in knapp sieben Monaten soweit umgebaut, daß mit der Konstituierung des Bundestages am 7. September 1949 die Einweihung des neuen Plenarsaales von Hans Schwippert stattfinden und die parlamentarische Arbeit aufgenommen werden konnte[4] (Abb. 4). Diese erste Ausbauphase der alten Akademie umfaßte neben dem Bau des Plenarsaales und Umwandlung der vorgelagerten Turn- zur Wandelhalle auch die Errichtung des Nord- und Südflügels als Annexbauten sowie die des Restaurants. Bereits 1951 führte die Raumnot zur Errichtung des achtgeschossigen (alten) Abgeordnetenhochhauses – nunmehr nach Plänen der Bundesbaudirektion – zur Hermann-Ehlers-Straße hin, mit dem Südflügel durch einen gleichzeitig errichteten Trakt verbunden (Abb. 5). 1953 wurde der Plenarsaal verlängert und um den dreiflügeligen Ministertrakt zum Rhein hin erweitert. Im gleichen Jahr entstand der Fraktionsbau als südlicher Abschluß. 1987 wurde der geschichtsträchtige Plenarsaal gegen den erbitterten Widerstand der Denkmalpflege abgerissen und durch den neuen Plenarsaal und Plenarbereich durch Günter Behnisch und Partner ersetzt. Doch gehört dieser Bestandteil zum letzten Kapitel des Bundeshauses und des Regierungsviertels.[5] Das Bundeshaus stellt sich heute als vielgestaltiger und vielansichtiger Komplex verschiedener Bauphasen dar.

Zu den umgenutzten Bauten der ersten Phase des Regierungsviertels zählen die Villa Hammerschmidt (1860), die 1950 zum Amts- und Wohnsitz des Bundespräsidenten durch Hans Schwippert umgebaut wurde (Abb. 6), ergänzt um den benachbarten Neubau des Bundespräsidialamtes durch die Bundes-

baudirektion in verhalten konservativer Form (Abb. 7). Das benachbarte Palais Schaumburg (1858) erfuhr gleichzeitig seine Umgestaltung zum Amtssitz des Bundeskanzlers, ebenfalls ausgeführt von Schwippert (Abb. 8). 1954 wurde im Park nördlich das Bundeskanzleramt als schlichter zweigeschossiger Winkelbau mit flachem Walmdach errichtet (Abb. 9).

Als eigenständige Neubauten entstanden in der frühen Phase das Auswärtige Amt (Abb. 10, 11) und das Bundespostministerium (Abb. 12) an der Koblenzer Straße (heute Adenauerallee) zur Innenstadt hin. Das Auswärtige Amt, 1953-55 errichtet, erstreckt sich, eingebettet in eine Parkanlage, als mehrflügeliger Komplex unterschiedlicher Höhenausrichtung mit neungeschossigem Hochhaus, Konferenzsaal und sog. Ministerbau zwischen Adenauerallee und Rhein. Als Architekt zeichnete Hans Freese (1889-1953). Seit 1984 erfuhr der Komplex mit Ausnahme des Ministerbaus vor allem im äußeren Erscheinungsbild erhebliche Veränderungen, vor allem durch die Verkleidung in stumpfem Granit. Das alte Postministerium (heute ebenfalls Auswärtiges Amt) liegt benachbart zur Zweiten Fährgasse.[6] Bereits 1950 von Josef Trimborn entworfen, kommt dem 1953/54 ausgeführten Bau als erstem Ministeriumsbau besondere Bedeutung zu. Die auch hier zurückhaltend schlichte Architektursprache trägt dem Provisoriumscharakter bewußt Rechnung.

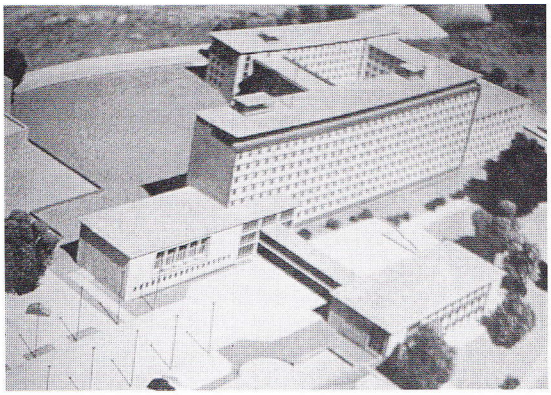
Als weiterer Regierungsneubau folgte 1954/55 das Bundespresse- und Informationsamt (Abb. 13) nach einem Entwurf der Bundesbaudirektion als fünf- bzw. sechsgeschossigem flachem Winkelbau südlich des heutigen Kanzleramtes zur Welckerstraße.

Allen hier vorgestellten Neubauten gemeinsam ist eine »zeitlos« unauffällige Architektursprache, »bewußt ehrlich aus Aufgabe und Zweck heraus gestaltet. Diese Bauten wollen ohne Anspruch auf Monumentalität, bei zurückhaltender Erfüllung einer angemessenen Repräsentation nicht mehr scheinen als sie sind, reine behördliche Verwaltungsbauten, die allein ihre Form und harmonische Gliederung der Gebäudemassen ohne schmückendes Beiwerk sprechen lassen.«[7] Eine planerische Gesamtkonzeption für den Ausbau Bonns als Bundeshauptstadt existierte in dieser ersten Phase nicht. Parallel zu den Planungen und Ausführungen in Bonn war das Engagement des Bundes in Berlin auch auf baulichem Sektor stets präsent. 1955 findet eine erste Bundestagsitzung in Berlin statt, verknüpft mit der Forderung nach Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes für den Bundestag und Herrichtung des Regierungsviertels im Tiergarten. Daran schließt sich 1956 die Forderung an, leitende Bundesbehörden nach Berlin zu verlegen. Darauf beschließt der Bundestag, keine weiteren Bundesbauten in Bonn zu errichten. Das hatte zur Folge, daß der Bund sich in Bonn auf Anmietungen beschränkte, was wiederum zu einem Bauboom durch Investoren führte, die auf den Bund als Mieter rechnen konnten. Ein markantes Beispiel dafür ist die Bebauung am Tulpenfeld durch die Allianz (Abb. 14). Eine provisorische Unterbringung in Bürogebäuden mittlerer Höhenentwicklung war das Gebot der Stunde. Mit der Rolle des Mieters entledigte sich der Bund auch der Verantwortung für die Architektur. Der Souverän verhielt sich nicht souverän. Die Rolle der Beteiligten ist als unentschlossen zu bezeichnen, und das Bewußtsein der Öffentlichkeit und auch für eine Öffentlichkeit ist zu dieser Zeit noch nicht ausgeprägt. Bonn wird als Hauptstadt auf einen Nebenschauplatz verwiesen. Berlin gilt als heimliche Hauptstadt mit nationaler Identitätsstiftung, Bonn dagegen nur als Verwaltungssitz. Ein städtebaulicher Ideenwettbewerb wie der für Berlin unter dem Motto »Hauptstadt Berlin« (1957) hätte auch Bonn zu einem früheren Zeitpunkt gutgetan, denn »bauliche Improvisationen sind nicht nur unzweckmäßig, sondern auch unwirtschaftlich«[8]. Mit dem Mauerbau 1961 wird der Status Bonns zwar konsolidiert, dennoch gilt weiter das Provisorium.

In die Zeit vom Mauerbau bis zum Hauptstadtbeschluß 1975, fallen auch so gewichtige Begebenheiten wie die kommunale Neugliederung von 1969, der Regierungswechsel zur sozial-liberalen Koalition, unter der der Bundestag 1969 dem Vorschlag der Regierung zustimmt, Neubaumaßnahmen des Bundes in Bonn zuzulassen, und der städtebauliche Ideenwettbewerb von 1971/72.

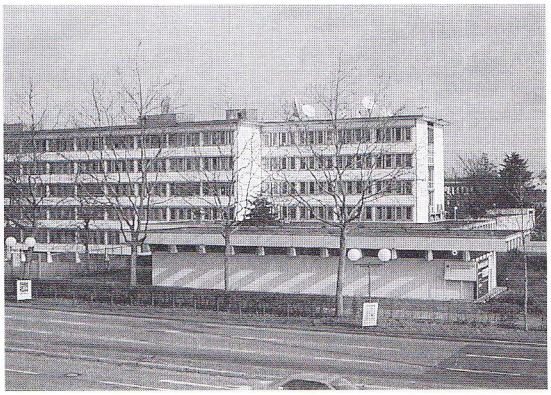
Die Unhaltbarkeit der räumlichen Unterbringung der Bundesorgane und -behörden gebot, unabhängig vom provisorischen Charakter von Bonn als Bundeshauptstadt, ein umfangreiches Bauprogramm, auch im Interesse der Repräsentation anzugehen. Bereits 1962 hatte die Bundesbaudirektion eine erste Gutachterkommission für eine Gesamtkonzeption des Standorts Bonn einberufen, die aus den Architekten Heinz Baumgarten, Egon Eiermann, Max Guther, Werner Hebebrand, Rudolf Hillebrecht und Sep Ruf bestand. Um der Provisoriumsideologie Genüge zu tun, wird die Öffentlichkeit zunächst völlig ausgeschlossen. Die Kommission bleibt ohne konkrete, vielmehr ohne verbindliche Ergebnisse. Unter Einschluß der Planungsvorschläge von Eiermann und Ruf entwickelt die Bundesbaudirektion eine erste Konzeption für den engeren Regierungsbezirk: Abgeordnetenhaus, neue Plenarsäle für Bundestag und Bundesrat sowie einen Kranz von achtgeschossigen Bürohäusern. Weiter waren sieben Hochhausministerien auf kreuzförmigen

10 Bonn, Auswärtiges Amt. Zustand 1998



11 Auswärtiges Amt. Modellaufnahme

12 Ehemaliges Postministerium, heute Auswärtiges Amt. Zustand 1998



13 Bundespresse- und Informationsamt. Zustand 1999

Grundrissen geplant, von der Idee auf Joachim Schürmann zurückgehend, von denen im Süden schließlich zwei ausgeführt wurden (sog. Kreuzbauten: Bundesministerium der Justiz, Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie, Abb. 21). Als Leitbild wurde nun eine absolute Zentralisierung aller Bundeseinrichtungen angestrebt.

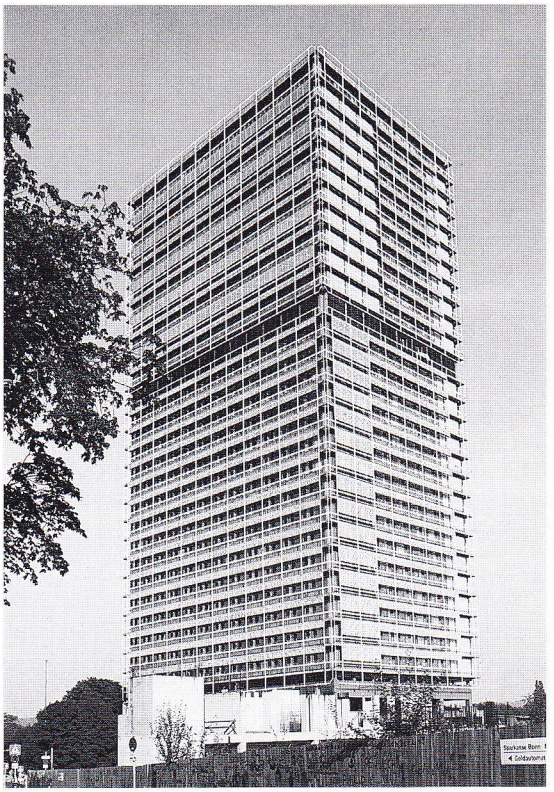
Obwohl die Planungsinstitutionen des Bundes versuchten, die Öffentlichkeit auszuschließen, wird 1968 Kritik laut, ausgelöst durch den BDA, was zu Protesten gegen die Verfahrensweise und die Planungen führt und die Öffentlichkeit mobilisiert.

Zu den herausragenden Bauten, die aus dieser Planungsphase hervorgingen, zählen das Abgeordnetenhochhaus (»Langer Eugen«, 1966-69)[9] von Egon Eiermann (Abb. 15) und die »Kreuzbauten« (1968-1975) der Planunungsgruppe Stieldorf (Abb. 16, 21).

Im gleichen Zeitraum entstanden außerhalb dieser Planungen der Kanzlerbungalow (1963/64) im Park des Palais Schaumburg als Wohn- und Empfangsgebäude des Bundeskanzlers von Sep Ruf. Die Idee ging auf Bundeskanzler Ludwig Erhard zurück, der mit diesem Bekenntnis zur Moderne aus dem üblichen Rahmen der unauffälligen Bundesbauten fiel und dafür auch herbe Kritik, vor allem seiner Amtsnachfolger einstecken mußte (Abb. 17). Als architektonischer Einzelleistung kommt diesem leider versteckt liegenden Bau über seine Bedeutung für das Regierungsviertel hinaus besondere Geltung zu.

Für die sechziger Jahre bleiben noch nachzutragen die als Mietobjekte errichteten, schon erwähnten Bürogebäude am »Tulpenfeld« (1964-69) und das »Bonn-Center« (1968/69). Die vielfach gescholtenen Allianzbauten am Tulpenfeld von Hanns Dustmann, geplant als städtebauliche Ordnungsfaktoren, haben einen für das Regierungsviertel ganz eigentümlichen Charakter von kühler Distanziertheit. Sie bilden innerhalb des Viertels einen eigenen Akzent und mit ihrer weiträumigen, verkehrsfreien An-

14 Bonn, Tulpenfeld. Pressehaus

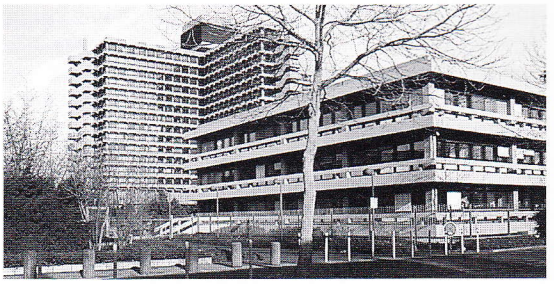


15 Abgeordneten-Hochaus »Langer Eugen«. Zustand 1996

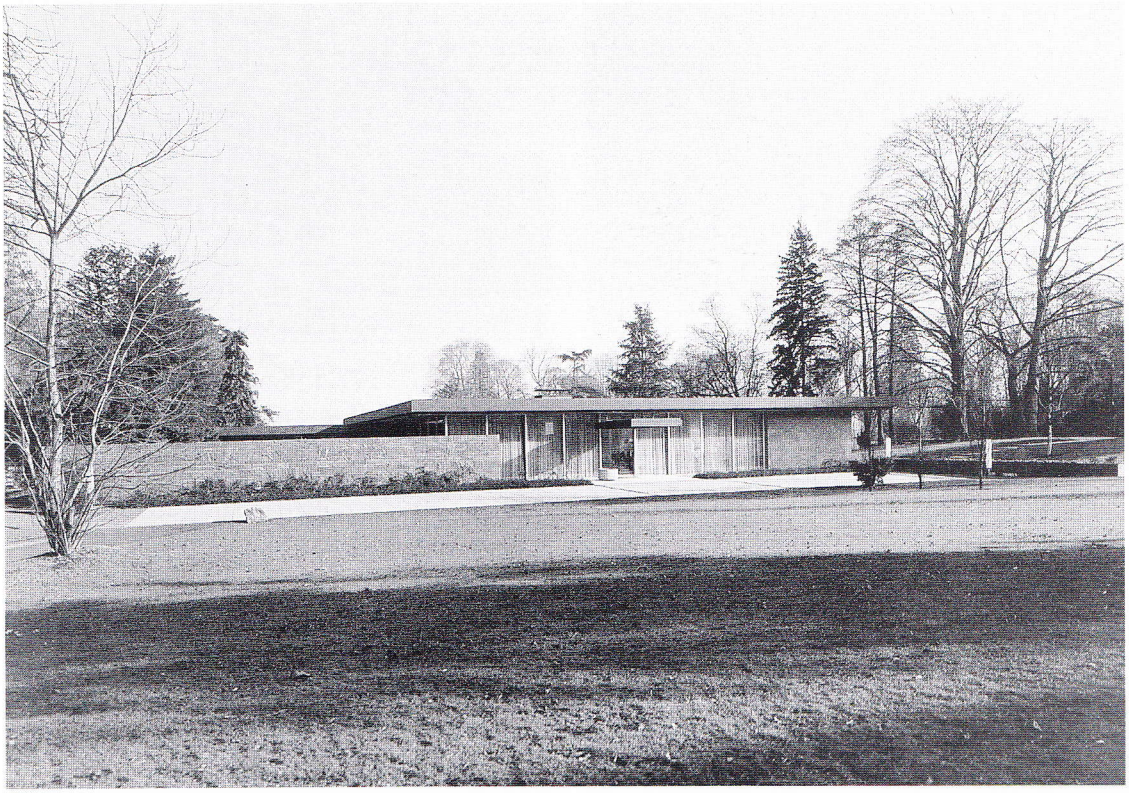
ordnung, der platzräumlichen Gestaltung mit Brunnen, Pflanzbecken, Pflasterung und Rasenflächen und der unterschiedlichen Höhengruppierung der Gebäude eine in sich geschlossene städtebauliche Einheit. Die glatten Fassaden der Stahlbetonskelettbauten mit ihren edlen Verkleidungen schaffen eine eigenartige virtuelle Kulissenatmosphäre von fotographischer Kälte. Das langgestreckte Pressehaus mit dem auf Stützen vorkragenden großen Saal der Bundespressekonferenz ist durch die Medienöffentlichkeit zum isolierten einprägsamen Bild geworden. Die Anlage trägt die Handschrift des Architekten Dustmann (1902-1979),[10] der nach dem Kriege vornehmlich für Banken, Versicherungen und Konzerne baute, so daß auch im Tulpenfeld eine unterkühlte, seriöse Konzernatmosphäre unverkennbar geblieben ist.

Das Bonn-Center ist wie die Allianzbauten am Tulpenfeld im Hinblick auf Vermietung an den Bund 1968/69 von den Bonner Architekten Friedrich Wilhelm Gerasch und Bernd Domscheit errichtet worden (Abb. 18). Als Vorbild galt das Europa-Center in Berlin von 1964. An der Reuterbrücke gelegen, bildet das Bonn-Center den markanten Einstieg ins Regierungsviertel, kommt man von der Reuterstraße. Seinem ursprünglichen Anspruch durch die Mischfunktion von Bund, Kommerz, Kultur und Wohnen einen zentralen Kulminationsort zu bilden, konnte es aber nie in vollem Umfang gerecht werden, so daß die flachen Geschäftsbauten inzwischen entfernt und die verbliebenen Gebäude verändert wurden.

Einen neuen Impuls gab der städtebauliche Ideenwettbewerb von 1971/72, der zum Ziel hatte, vor allem die Freiflächen zwischen Bonn und Bad Godesberg auszubauen. Die Wettbewerbsergebnisse zeichnet eine Architektursprache und übergeordnete städtebauliche Geste aus, die von Heiterkeit, Ele-



16 Ministerium für Justiz. »Kreuzbauten«. Zustand 1998

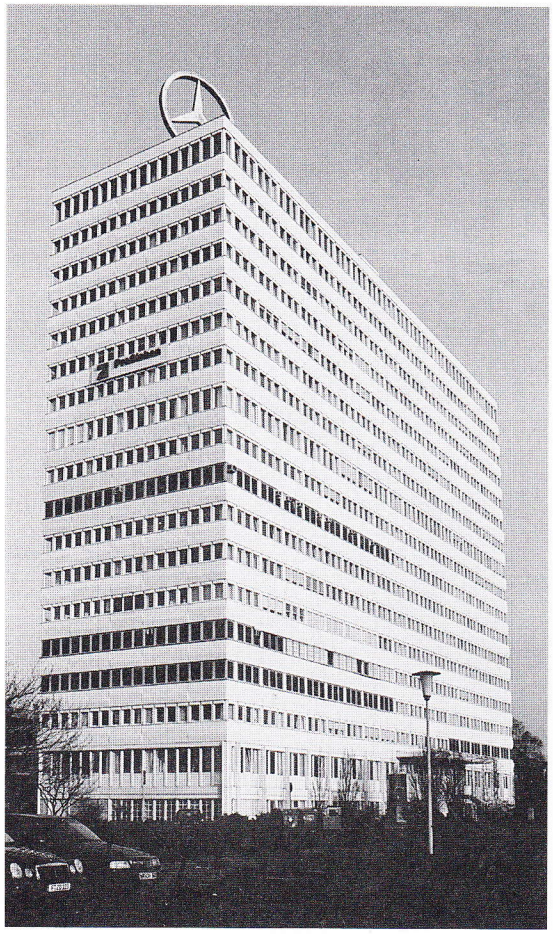


17 Kanzlerbungalow, Eingangsseite. Zustand um 1965

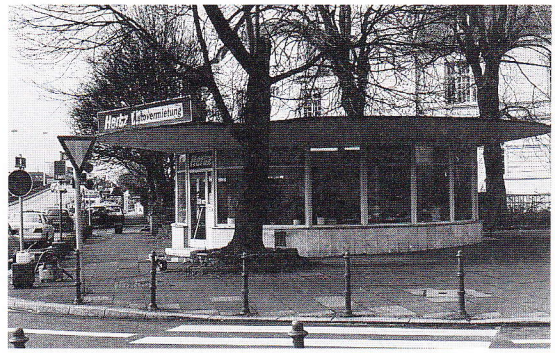
ganz, Transparenz und Individualität getragen ist. Erstmals zeigt sich ein architektonisches Selbstbewußtsein unter der Prämisse dessen, was als »demokratisches Bauen« gilt. Die Öffentlichkeit wird nun im Rahmen von Bauleitverfahren eingebunden. Der 1. Preis geht an das Architektenteam Stephan und Ursula Legge. »Der Grundgedanke der Arbeit ist die Konzentration der Bundeseinrichtungen beiderseits des Rheins... Der Rhein als wesentlichstes Landschaftselement des Raumes bestimmt... das städtebauliche Konzept... Die Rheinauen werden durch diese starke Konzentration in ihrer Bedeutung unterstrichen... Sie (die Bundesbauten) beziehen sich weniger auf die Stadt Bonn als auf die Rheinauenlandschaft.«[11] Der Ältestenrat beschließt, daß lediglich zwei der eingereichten Entwürfe, nämlich die von Behnisch und Partner und von Wolff/Schneble, weiter bearbeitet werden sollen. Wurde damals von den Planungen auch nichts ausgeführt, so trägt doch die spätere städtebauliche Entwicklung des Regierungsviertels diesem Grundgedanken der Einbindung in die Landschaft Rechnung.

Mit der Brandtschen Ostpolitik, dem Grundlagenvertrag (1972), der Einrichtung der »Ständigen Vertretungen« in Bonn und Ostberlin, kulminierend in der Regierungserklärung vom 8. Januar 1973, in der Brandt ein deutliches Bekenntnis zur Bundeshauptstadt abgibt, wird auch die Stellung Bonns stabilisiert.

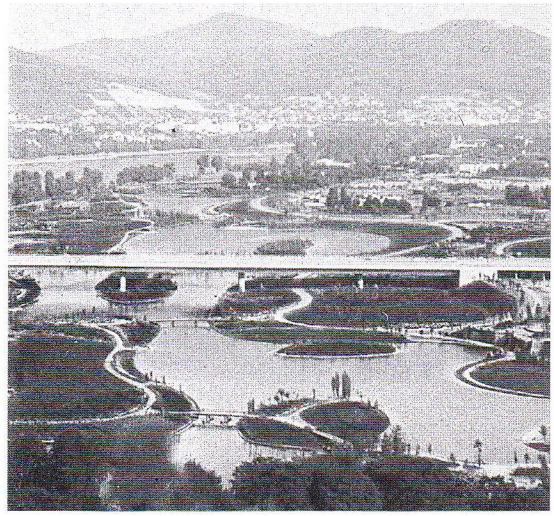
Wieder unabhängig von den Planungen einer Gesamtkonzeption entsteht 1973-1976 das neue Bundeskanzleramt am Bundeskanzlerplatz, der bis dahin von den Kontrastbauten Bonn-Center und SAS-Pavillon (Abb. 19) »geprägt« war. Der dreigeschossige Stahlskelettbau wurde nach bundesweitem Wettbewerb der Planungsgruppe Stieldorf übertragen. Städtebaulich nimmt der flächenmäßig umfangreiche Komplex sich nicht nur durch die zurückliegende Tieferlage, sondern auch durch die Ausrichtung des Eingangs zum Bundeshaus hin zurück. So umstritten der braun eloxierte Stützenbau in seiner Architektur stets geblieben ist (»Kanzleramtscontainer«, »Sparkassenarchitektur«), so eindrucksvoll hat er sich in die Medienlandschaft eingefügt. Weniger durch seine Architektur als durch die monumentale Bronzeplastik «Large Two Forms« von Henry Moore, die 1979 im rheinseitigen Park Aufstellung fand und für die das Kanzleramt mehr oder weniger als Kulisse dient. »Sie ist mitt-



18 Bonn, Bonn-Center. Zustand 1999



19 SAS-Pavillon, heute Hertz. Zustand 1999



20 Rheinauenpark. Zustand 1979

lerweile zum Signet für das Bundeskanzleramt in Bonn geworden«, so der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt in seinem Aufsatz »Kunst im Kanzleramt«[12] (siehe Titelbild). Und weiter schreibt Schmidt: »...seine (Henry Moores) Arbeit möge eine dauernde und bleibende Visitenkarte sein.« Die Figur ist integraler Bestandteil des Bundeskanzleramts in Bonn. Um so unverständlicher mutet die im letzten Jahr gemachte Äußerung Schmidts an, die Figur zum neuen Bundeskanzleramt in Berlin umzusetzen, also sie gleichsam aus ihrem genius »loki« zu entfernen.

Nachdem 1974 das »Entwicklungsgebiet Regierungsviertel« nach Städtebauförderungsgesetz förmlich festgelegt wurde, trat 1975 die sog. »Hauptstadtvereinbarung« in Kraft mit dem Ziel, daß Bund, Land und Stadt gemeinsam den Ausbau Bonns als Bundeshauptstadt betreiben. Damit beginnt eine entscheidende Wende: vom Bund als Mieter zum Eigentümer.

Die Periode von 1975 bis 1985 läßt sich als große Vorbereitungs- und Planungsphase definieren, in der zunächst Grunderwerbs- und Erschließungsmaßnahmen getroffen wurden. Expertenkommissionen wurden gebildet, die aufgrund der drei beteiligten Partner den unterschiedlichen Wahlperioden gemäß in ihrer Zusammensetzung ständig wechselten, so daß ein diffuser Planungsstand Oberhand gewann, an dessen Ende eher Empfehlungen denn Beschlüsse standen. Als Leitbild wurde schließlich eine »grüne Mitte« (Behnisch & Partner) favorisiert mit einer Freiraumkonzeption, die den Parkcharakter des Geländes hervorheben sollte. Realisiert wurde aber nur, unter Einbeziehung des Bundes im Rahmen der Hauptstadtvereinbarung, die schon im Vorfeld geplante Bundesgartenschau 1979, die mit dem Rheinauenpark zugleich den »Vorgarten« zum Regierungsviertel bilden und den »baulichen Wildwuchs« zwischen Bonn und Bad Godesberg steuern sollte. Geplant wurde die Parklandschaft von dem Münchener Landschaftsarchitekten Gottfried Hansjakob (Abb. 20).

Aber immer noch klaffte und klafft bis heute die große Brache zwischen britischer Botschaft und den Kreuzbauten, durchschnitten von einem Autobahnfragment. Zielvorstellung war der Ausbau vor allem dieses städtebaulich unbefriedigenden Geländes (Abb. 21).

Nach zehnjähriger Beratungs- und Planungsphase begann man schließlich ab 1985 mit der Ausführung einiger Bauten. Dazu zählen: Das neue Postministerium (heute Post AG) am Robert-Schuman-Platz von Heinle/Wischer und Partner/Stuttgart (1987 fertiggestellt), dazu benachbart das Bundesverkehrsministerium von Wilhelm Deiß und Heribert Bargou/München (1986-89). Diesen vorgelagert entstand im Kontext zum Regierungsviertel das Maritimhotel mit Kongreßzentrum. Einen anderen Schwerpunkt bildete der Kulturstandort der »Museumsmeile« an der B9, bestehend aus Bundeskunsthalle (Gustav Peichl, 1989-93), Kunstmuseum (Axel Schultes, 1985-92) und Haus der Geschichte (Hartmut und Ingeborg Rüdiger, 1989-93; Abb. 22, 23). Dies bedeutete zugleich eine stärkere städtebauliche Anbindung des Geländes westlich der B9 an das Regierungsviertel als auch die Einlösung des Anliegens, Öffentlichkeit und Kultur in den Bereich hineinzutragen. Ein weiterer großer Komplex entstand weiter südlich zur Ollenhauerstraße hin mit dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit von Hans-Peter Klein und Wolf-Dieter Breucha/Stuttgart (ab1987; Abb. 24).

Zwei Bauten dieser Phase ragen aus den Bauaktivitäten des Bundes heraus: Zuerst der sog. Schürmannbau, als Erweiterung zum Bundestag 1984 von Joachim Schürmann/Köln geplant und 1989 begonnen, 1993 durch das Rheinhochwasser zu trauriger Berühmtheit gelangt, nachhaltig beschädigt und im Rohbau steckengeblieben. In einem Kabinettsbeschluß wurde nach vielen Kontroversen 1996 die Fertigstellung des Gebäudes für eine andere Nutzung festgesetzt. Der zweite Bau ist der neue Plenarbereich von Günter Behnisch (1988-92), der anstelle des alten Plenarsaals von Hans Schwippert entstand (Abb. 25, 26). Die Planungsgeschichte und Kontroversen um den Bau, der den Abriß des alten denkmalgeschützen Plenarsaals von Schwippert zur Voraussetzung hatte, sind so umfangreich, daß deren Darstellung hier den Rahmen sprengen würden. Das Rheinische Amt für Denkmalpflege hat ein Gutachten erarbeitet, das den Denkmalwert des Gebäudes feststellt. Festzuhalten ist, daß der Bau das letzte bauliche Zeugnis der alten Bundesregierung in Bonn ist und zugleich Tagungsort des ersten gesamtdeutschen Parlaments nach der Wiedervereinigung. Der filigrantransparente Plenarsaal verkörpert das neue Selbstbewußtsein der »alten« Bundesrepublik und

21 Brache an der Friedrich-Ebert-Allee mit den »Kreuzbauten«. Zustand 1999

veranschaulicht den Slogan »Demokratie als Bauherr« in eindrucksvoller Weise.

Als man in Bonn sich gerade im schönsten Baufieber befand, sich erstmals selbstbewußt mit angesehenen Architekten die Frage nach Qualität und Repräsentation stellte, als man den Schritt aus der provinziellen Enge und Unauffälligkeit wagte, brach die Geschichte 1989 über Bonn herein wie ein Keulenschlag, mit Nachschlag 1991, als der Bundestag für Berlin als Parlaments- und Regierungssitz votierte.

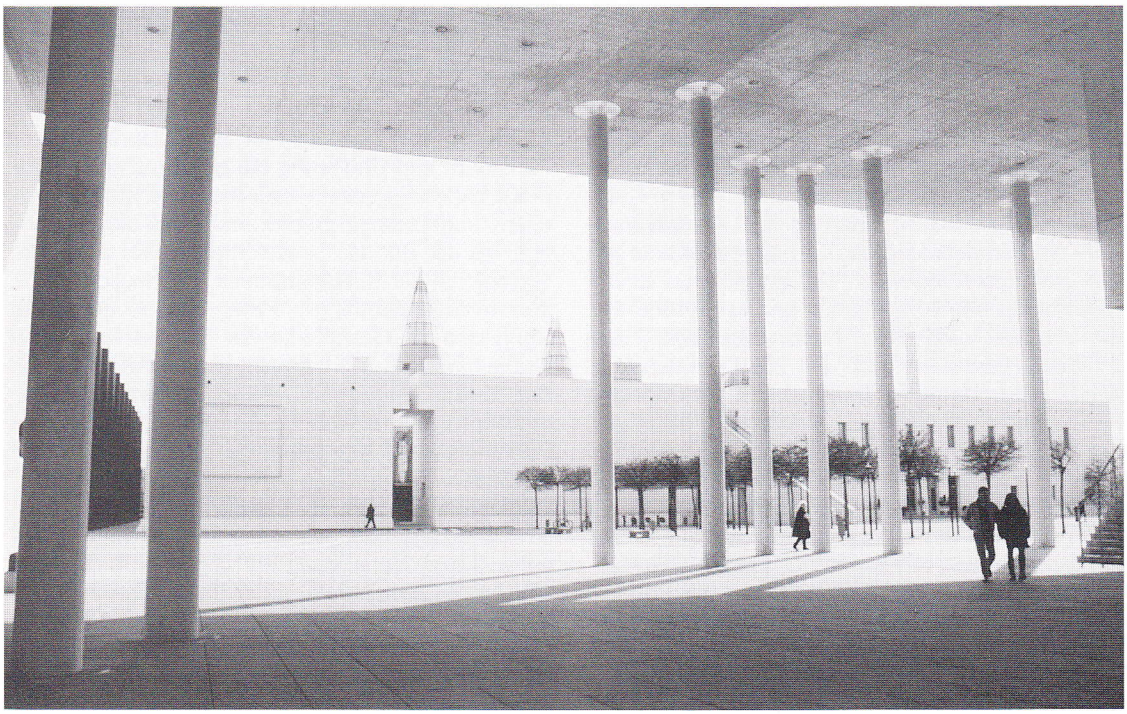
Am 27. September 1998 fanden zum letztenmal Bundestagswahlen in Bonn statt. 1999 gehen mit dem schon begonnenen Umzug nach Berlin fünfzig Jahre bundesrepublikanischer Geschichte in Bonn zu Ende.

Es gilt nun, den Zeitraum von fünfzig Jahren, in dem Parlament und Regierung die Stadt nachhaltig geprägt haben, in seinen baulichen und städtebaulichen Zeugnissen so zu bewahren, daß dieser wichtige Teil der Bonner Geschichte und vor allem der Geschichte der Bundesrepublik anschaulich bleibt, auch mit den Unzulänglichkeiten, die aber gerade für Bonn und die Geschichte der Bundesrepublik so charakteristisch wie einmalig sind. Ende 1998 hat das Rheinische Amt für Denkmalpflege ein Gutachten zum Denkmalwert des Regierungsviertels als Denkmalbereich erarbeitet, gestützt auf die Kontinuität der städtebaulichen Planungsziele.

Die Aufmerksamkeit, die das Baugeschehen in Berlin auch international auf sich zieht, wurde Bonn nie zuteil. Allein sechs Millionen Menschen besuchten die »Info-Box« am Potsdamer Platz in Berlin in den letzten drei Jahren, um sich über das Werden der neuen Hauptstadt zu informieren.[13]

»Bonn ist nicht Weimar«[14] und Berlin ist nicht Bonn. Man lasse jeder Stadt ihre ihr eigentümlichen Besonderheiten, die ihre jeweilige historische Situati-

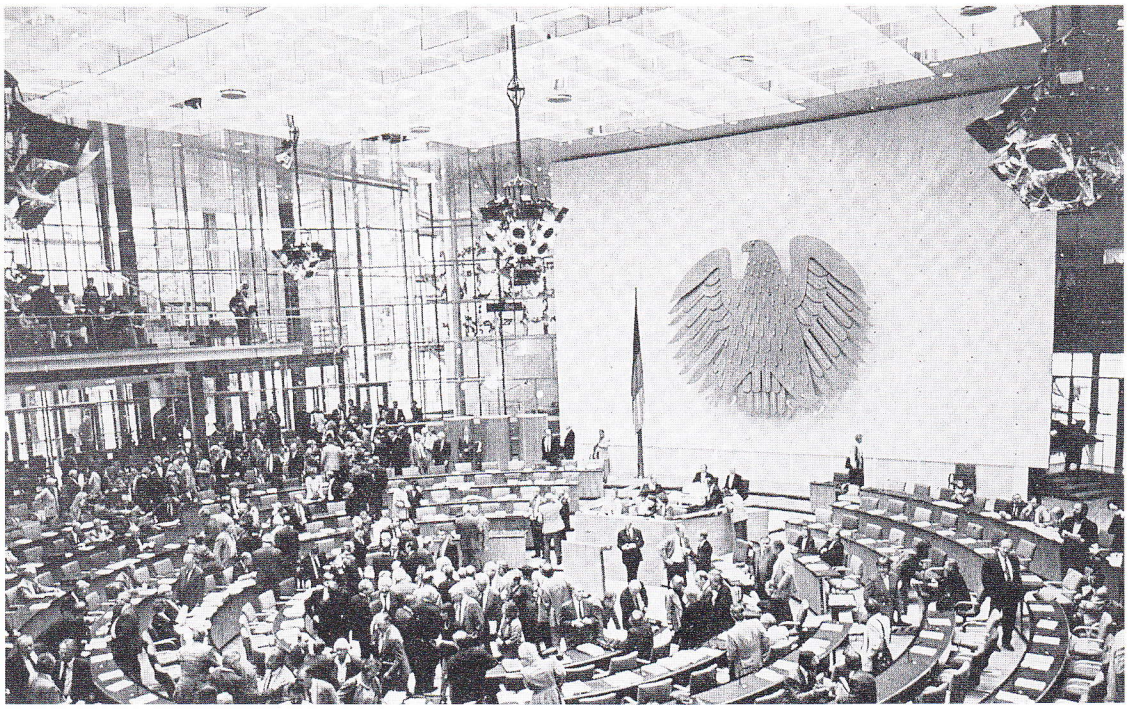
22 *Bonn, Haus der Geschichte. Zustand 1999*



23 *Bundeskunsthalle und Kunstmuseum. Zustand 1999*

24 Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Zustand 1996

25 Bundeshaus. Plenarsaal, altes und neues Abgeordnetenhochhaus. Zustand 1998



26 Bonn, Bundeshaus. Neuer Plenarsaal

on und Aufgabe verkörpern. Was in Bonn planungsgeschichtlich zu lange währte und skrupulös verhandelt wurde, wird in Berlin zu rasch und möglicherweise zu leichtfertig betrieben.[15]

Anmerkungen

1 John le Carré, Eine kleine Stadt in Deutschland. 6. Aufl., München 1996, S. 22.

2 Eine atmosphärisch eindringliche Schilderung des frühen Bonn als Bundeshauptstadt, »das Regierungsgetto«, gibt Wolfgang Koeppen in seinem Roman »Das Treibhaus«, erstmals 1953 erschienen. Zur »Bonner Brache« siehe gleichlautenden Artikel von Christoph Schwennicke in der Süddeutschen Zeitung vom 21./22. März 1998.

3 Das Museum Koenig im Spannungsfeld der Politik, hrsg. von der Alexander-Koenig-Gesellschaft, Heft 1. Bonn o.J. (1998).

4 Gisbert Knopp, Das Bundeshaus in Bonn. Von der Pädagogischen Akademie zum Parlamentsgebäude der Bundesrepublik Deutschland, in: Bonner Geschichtsblätter, Bd. 35, 1984, S. 251-276; Angela Schumacher, Das Gebäude der Pädagogischen Akademie in Bonn. Versuch einer Würdigung seiner Architektur, ebda. S. 277-284; Heinrich Wefing, Parlamentsarchitektur. Zur Selbstdarstellung der Demokratie in ihren Bauwerken. Eine Untersuchung am Beispiel des Bonner Bundeshauses (Beiträge zum Parlamentsrecht, Band 31). Berlin 1995.

5 Es sei hier nur angemerkt, daß es einer gewissen Pikanterie nicht entbehrt, daß zur Zeit das Unterschutzstellungsverfahren für den neuen Plenarbereich läuft. Vgl. Udo Mainzer, Das Ende des Plenarsaals, in: Denkmalpflege im Rheinland 5, 1/1988, S. 1-7.

6 Gisbert Knopp, Bundespostministerium in Gefahr, in: Denkmalpflege im Rheinland 2/1986, S. 29-33. Der Komplex ist inzwischen eingetragenes Baudenkmal.

7 Franz Sales Meyer, Die Bundesbauten in Bonn, in: Der Aufbau der Bundeshauptstadt Bonn. Öffentliche Neubauten. Sonderbeilage des Amtsblatts für den Regierungsbezirk Köln, 1955, S. 51. Meyer war Oberregierungsbaudirektor und baute u.a. das Bundesministerium der Finanzen an der Graurheindorfer Straße, die Botschaften der Bundesrepublik in Canberra und Neu Delhi.

8 W. Leuschner/F.M. Sitte, in: Stein auf Stein, Bauaufgaben und Bauten des Bundes 1949-1964, hrsg. in Zusammenarbeit mit dem Bundesschatzministerium (Bundesbauverwaltung). Berlin/Wien 1964, S. 18.

9 Angelika Schyma, Der »Lange Eugen« - das »hohe Haus« als Denkmal, in: Denkmalpflege im Rheinland, 4/1996, S. 154-160.

10 Werner Durth, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970. München 1992, S. 506 f.

11 Aus dem Urteil des Preisgerichts.

12 Helmut Schmidt, Kunst im Kanzleramt, in: Festschrift für Gerhard Bott zum 60. Geburtstag. Darmstadt 1987, S. 305; Silke Wenk, Large Two Forms. Eine Allegorie des modernen Sozialstaates. Frankfurt/M. 1997.

13 Hanno Rauterberg, So gut wie nie - Warum die Archiktetur ein nationales Forum braucht, in: DIE ZEIT Nr. 2, 7. Januar 1999; Dirk Nishen, Die INFOBOX in Berlin – das erste Haus am Potsdamer Platz, in: Heidede Becker u. a. (Hrsg.), Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und Europa. Stuttgart/Zürich 1998, S. 135-143.

14 Fritz René Allemann, Berlin ist nicht Weimar. Köln/Berlin 1956. In seinem Essay behandelt Allemann natürlich die politischen Aspekte und nicht die städtebaulichen. Der Titel wurde seinerzeit zum Schlagwort.

15 Auf die weitere Vorstellung und abrundende Untersuchung von Bauten im Regierungsviertel wie Parteizentralen, Landesvertretungen, Botschaften und Residenzen, nachgeordneten Behörden und Abgeordneten-Wohnstätten muß hier verzichtet werden und ist einer gesonderten Publikation vorbehalten.